

Bericht von der 7. verbundenen Tagung der 12. Synode der EKD, 8./9.11.2020

Nur wenige Wochen vor der 7. verbundenen Tagung der 12. Synode der EKD [8./9.11.2020] wurde ich als 2. Stellvertreter zur Tagung eingeladen. Letztlich fanden alle Sitzungen für mich – wie für alle Teilnehmer – in Zoom-Zusammenkünften statt. Ich nahm an Sitzungen des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Bewahrung der Schöpfung (KGBS), an Treffen der Plattform "Gruppe offene Kirche" (GOK), der EKHN-Gruppe und an den Synodensitzungen teil. Die digitale Tagungsvariante ermöglichte auf den allen Teilnehmern zugänglichen wenigen Kommunikationskanälen ein erstaunlich rasches Kennenlernen. Die Tagungskultur der Synode, die sogar digital zu erahnen war, beeindruckte mich.

Die Teilnahme an der Arbeit des KGBS-Ausschusses war sehr hilfreich. Ich lernte eine routinierte und zugleich eine möglichst ausgewogene Erarbeitung von Beschlussvorlagen für die Synodensitzung kennen, bei der mich die Offenheit für differenzierende Argumente beeindruckte. Meist wurde um Formulierungen gerungen, die in gleicher Weise für einer Mehrheit in der Gesellschaft mittragbar seien, aber zugleich die evangelischen Kernanliegen verdeutlichen sollen. Diese Sicht, vom Glauben getragenen und auf die Machbarkeiten im hier und heute gerichtet, prägte auch der Bericht des Ratspräses.

Der Ausschuss KGBS legte der Synode Beschlussvorlagen zur Demokratieförderung, zur Friedensarbeit, zum Klimaschutz, zum Lieferkettengesetz, zur Abschiebep Praxis und zu den aktuellen terroristischen Anschlägen in Europa vor. Energischer wurde "mehr Klimaschutz für eine resiliente Gesellschaft" angemahnt. Ziel der EKD und aller Landeskirchen sollte es sein, eine "Emissionsminderung um 60 % (Basis 2005) in 2030 zu realisieren und Klimaneutralität im gesamten evangelisch-kirchlichen Bereich bis spätesten 2050 zu erreichen".

Die Beschlussvorlage zum Lieferkettengesetz wünscht sich auch die Stärkung des Bewusstseins um ein verantwortbares Handeln bei den Verbrauchern. Die Synode erklärte ihre Solidarität mit den Glaubensgeschwistern in Frankreich, die Opfer von Verbrechen wurden, für die religiöse Motive geltend gemacht wurden. Dies verurteilte die Synode scharf. Sie will präventiv Kommunikation mit den Religionen und Integration fördern, fordert von den europäischen Regierungen aber auch die Sicherheit EU-Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten. Alle Synodenbeschlüsse sind unter <https://www.ekd.de/beschlusse-synode-2020-60334.htm> für jeden einsehbar.

Neben der Verabschiedung des Haushalts nahm die Diskussion um das Grundsatzpapier "12 Leitlinien" einen breiten Raum ein. Seit der Veröffentlichung einer ersten Fassung im Sommer hatte ein lebhaftes Diskussion manches verändert. In Leitlinie 7 wird unter dem Motto "Wir bauen Gemeinden" prognostiziert, daß diese "Gemeinden" in Zukunft vielfältiger sein werden / sollten, als nur parochial. Nach Einwänden wird die Ortsgemeinde nunmehr weiter als tragende Säule betont. Aber der Trend geht zu einer Öffnung. Dieser Trend ist auch in Leitlinie 8 "Zugehörigkeit" und Leitlinie 9 "Mitarbeitende" spürbar. Nicht nur die Mitglieder einer Gemeinde vor Ort sollen die Kirche mittragen, sondern alle, die "mit ihrer Person für Gottes befreiendes Wort stehen" möchten. Umgekehrt propagiert Leitlinie 10 und 11 eine in Zukunft flexiblere Führungsstruktur, der eindeutiger Aufgabenfelder zugewiesen werden und die jene Rahmenbedingungen setzen soll, die die "Kirche mit ihrer Botschaft klar erkennbar und handlungsfähig" erscheinen lassen. Die EKD wünscht sich mit den Leitlinien eine deutlichere Wahrnehmung als Kirche mit Landeskirchen. Hier soll in Zukunft Doppelarbeit vermieden werden. Zwischen EKD und Landeskirchen soll es einen Klärungs- und Konzentrationsprozess geben - so habe ich jedenfalls diese Leitlinien verstanden.

Dieser Konzentrationsprozeß spiegelt sich in der finanziellen Zukunftsplanung, die das Kirchenamt durch einen "Finanzbeirat der EKD" zusammenstellen ließ. Auch die Synode hat sich dazu bekannt, das anvisierte Einsparziel unbedingt zu erreichen, und nicht mit dem Rasenmäher-Prinzip zu kürzen. Vielmehr sei danach zu fragen, wo die EKD in den folgenden

zehn Jahren Schwerpunkte setzen möchte. Die Synode hat diese Vorgaben dahin erweitert, dass die Entwicklung Jahr für Jahr überprüft und erneut bewertet werden soll.

In knappen Dossiers ("One-Pages") werden im Anhang der Finanzplanung auf je ein bis zwei Seiten Institutionen und Projekte vorgestellt, die die EKD bisher bezuschusst oder ganz finanziert. Auf jeder Seite wird die Einrichtung bzw. das Projekt knapp beschrieben und die Kostenentwicklung retrospektiv und prospektiv angegeben. Damit werden die Einrichtungen zugleich gewissermaßen evaluiert. Für viele dieser "One-Pager" bedeutet die Sparquote eine deutliche Veränderung oder auch das Einstellen der Arbeit.

So müssen deutliche Kürzungen (um die 30 %) nach dem derzeitigen Vorschlag hinnehmen: die Zuwendungen für Auslandsgemeinden, die Partnerkirchen, die Seemannsmission, die "Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen", die Kirchlichen Hochschulen für Kirchenmusik, der "Evangelische Posaunendienst in Deutschland (EPiD)", die "Geschäftsstelle Gospelkirchentag", die "Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V.", die "Evangelische Wittenbergstiftung", der "Verein für Friedensarbeit (VfF)", die "Aktion Sühnezeichen", der Verein "Gewaltfrei handeln e.V.", oder die "Pop-Akademie" in Herford.

Fast zur Hälfte (43 %) sollen die EKD-Zuwendungen für die "Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)", an das "Konfessionskundliche Institut" in Bensheim und die Zuwendung an die Kirchlichen Hochschulen in Wuppertal, Bethel und Neuendettelsau gestrichen werden. Die Hälfte der Mittel sollen dem "Evangelischen Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (KWA)" gestrichen werden.

Gänzlich gestrichen werden sollen die Zuwendungen für den "Ökumenischen Rat der Kirchen" (institutionelle Förderung), die "Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf)", das "Institut für Kirchenbau und kirchliche Kunst der Gegenwart" in Marburg; dagegen soll jedoch der "Evangelische Kirchenbautag" weiter gefördert werden. Diese Streichung der Mittel für das Institut für Kirchenbau erfolgt, nachdem die EKKW und die EKHN ihre jeweiligen Drittel bereits aufgekündigt haben. Gestrichen werden weiter vollständig die EKD-Mittel für die "Johannes à Lasco-Bibliothek" in Emden aber auch für die "reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg".

Gestrichen werden die Zuwendungen für die Missionsakademie an der Universität Hamburg (MA), das "Evangelische Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH", die "Evangelische Landjugendakademie e.V.", die Polizeiseelsorge und der Zuschuss für die "Evangelische Zentrum Frauen und Männer gGmbH", die "Circus- und Schaustellerseelsorge (CSS)" und die "Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte (EvAKiZ)".

Geringere Kürzungen sind beim Comenius-Institut geplant (- 20 % bei rund 2,2 Mill. €). Weiter nachhaltig gefördert werden der Kulturbeauftragte mit seinem Kulturbüro, das Evangelische Literaturportal "eliport", die "Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi)", und die "Freizeit, Erholung, Tourismus Kirchen-App". Nur leicht reduziert weitergeführt werden soll das Studium in Israel und weitere Einrichtungen im Hl. Land, die "Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH" und die "Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)" in Heidelberg. Bei diesen Vorschlägen, die in Einzelfällen noch diskutabel sein sollen, wird deutlich, daß es viele Einrichtungen trifft, die den Protestantismus auch außerhalb der EKD-Gremien in der Öffentlichkeit vertreten. Ob es klug ist, mit dem Argument der Kostenersparnis bisher selbständige Institute/Arbeitsgruppen/Initiativen an Abteilungen im Kirchenamt der EKD anzubinden um damit Kosten für das Leitungspersonal zu sparen, wird erst die Zukunft weisen. Die Herausforderung, auch jenseits der kircheninternen Möglichkeiten Finanzmittel zu aquirieren, sollten alle annehmen.

Lupold von Lehsten